Freitag, 12. Juni 1925 - 73. Jahrgang Nr. 274

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 80 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 70 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3460 bis 3466; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Codo. — Postscheckkonto: Nr. 384, Rudolf Mosse, Straße 1-4. Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Straße 67-68, Wiener Straße 101, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Straße 101, Greifswalder Straße 197, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung
Sport-Zeitung
Film-Zeitung
Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung
Witzblatt „ULK"
BERLIN UNSICHER

Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Kopitzstr. 56-57, Boxenhafer Str. 46, Rathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 83, Leipziger Str. 105, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 3, Kantstr. 54, Scharnhorststr. 30, Nürnberger Str. 20-30, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19, Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Curtiustr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 14; Schöneberg: Hauptstr. 93-94, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130, Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weissensee: Streustr. 128, Wilmersdorf: Uhlandstr. 38, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 31-32; Köpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 26, Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Mönchenstr. 21.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Abschluß der Genfer Ratstagung

Die Behandlung der Danziger Fragen – Präsident Sahm über den Danziger Standpunkt – Die Stadt Danzig ist nicht mit dem Hafen identisch!

Genf, 11. Juni. (W. T. B.)

Der **Völkerbundsrat hat heute vormittag die Arbeiten seiner 34. Tagung beendet.**

Die wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung der Schlußsitzung waren drei Danziger Fragen. Zum Briefkastenkonflikt ist vom Völkerbundsrat das Gutachten des ständigen internationalen Gerichtshofs angefordert worden. Für die Festsetzung des Hafengebiets beschloß er einen Ausschuß zu ernennen, dem auf Vorschlag Schwedens als viertes Mitglied ein juristischer Sachverständiger beigegeben wird. Ueber die Frage, ob durch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs bereits maßgebende Richtlinien für die territorialen Bestimmungen im Hafengebiet gegeben seien, entspann sich eine längere Diskussion. **Entgegen der polnischen Auffassung bestätigten sämtliche in die Debatte eingreifenden Ratsmitglieder, insbesondere Chamberlain, Paul-Boncour und Hymans, die von Danzig vertretene These, daß die Frage der Begrenzung des Hafengebiets offen und völlig der juristischen und technischen Beurteilung der Sachverständigenkommission überlassen bleibt.**

Der vom Rat genehmigte Bericht des spanischen Ratsmitglieds Quinones de León über die Festsetzung eines neuen Verfahrens zur Regelung von juristischen und technischen Streitfragen zwischen Polen und Danzig entspricht im wesentlichen den von Danzig vertretenen Wünschen und stellt insbesondere fest, daß beide Parteien verpflichtet sind, jederzeit zu entsprechenden Verhandlungen vor dem Oberkommissar des Völkerbunds für Danzig zu erscheinen. Der dritte Punkt, der die Frage eines polnischen Munitionsdepots betrifft, wurde debattelos auf die nächste Session vertagt.

*

Vor dem Rat hat der Danziger Senatspräsident Sahm in der Frage des Danzig-polnischen Briefkastenkonflikts u. a. ausgeführt:

Ueber die Grenzen des Danziger Hafens hat der Oberkommissar des Völkerbundes sich rechtskräftig ausgesprochen. Im Tenor seiner unbestrittenen Entscheidung vom 25. Mai 1922 heißt es: „Ich entscheide, daß Danzig Polen mit den Mitteln versehen muß, einen Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst in der Nähe des Danziger Hafens einzurichten, wenn möglich in einem Gebäude, aber in jedem Falle in einem oder mehreren zusammenhängenden Gebäuden." **Allein schon durch diese Entscheidung wird die politische Auffassung widerlegt, daß der Begriff „Hafen von Danzig" identisch sei mit dem Begriff „Hafenstadt".** Aber auch aus den Bestimmungen der in Betracht kommenden Verträge ergibt sich die Unrichtigkeit der polnischen Auffassung, denn der Vertrag von Versailles unterscheidet Freie Stadt Danzig, Stadtgemeinde Danzig und Hafen von Danzig. Die Stadt Danzig und der Hafen von Danzig sind also keineswegs identisch. Nach der Terminologie des Pariser Vertrages vom 9. November 1920 ist unter dem Hafen jeweils das Gebiet von Danzig gemeint, welches der Verwaltung des Hafenausschusses unterstellt ist. Es ist also klar, daß dieser Hafen beschränkt ist auf die Wasserflächen und die damit hafentechnisch in Verbindung stehenden Landflächen.

Die Danziger Regierung hat ferner in ihren Noten vom 2. und 9. Juli 1924 noch auf eine Reihe weiterer Punkte aufmerksam gemacht, die einer dringenden Regelung bedürfen, damit künftige Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des polnischen Postdienstes vermieden werden. Ich wiederhole diese Anträge vor dem Rat und füge den weiteren Antrag hinzu, **daß der Völkerbundsrat neben der Abgrenzung des Hafengebietes auch die Frage der Kontrolle über die Befugnisse des polnischen Postdienstes regeln möge.** Ich kann meine Ausführungen nicht schließen, ohne aus dem Gutachten des internationalen Gerichtshofes im Haag folgende Stelle wörtlich zu zitieren: „Wenn General Haking sich genötigt gesehen hätte, eine Entscheidung über den heutigen strittigen Punkt abzugeben, so würde er sie wahrscheinlich den Danziger Behauptungen gemäß geregelt haben." Die Bevölkerung Danzigs ist der Ansicht, daß ihre wirtschaftlichen Interessen nicht durch eine extensive Auslegung der Verträge geschädigt werden, und daß von einer solchen Auslegung nicht sonstige zurzeit unübersehbare Nachteile in anderer Hinsicht der freien Stadt Danzig entstehen.

Schnelldienst

Die Reichsgetreidestelle hat die Liquidation zum 1. Juli 1925 beschlossen.

Die Deutschvölkische Freiheitsbewegung hat zur Entmassungsnote eine Entschließung angenommen, in der sie von der Regierung ein deutsches Nein verlangt.

Im Januar 1926 wird der kleine Kreuzer „Hamburg" eine eineinhalbjährige Reise um die Welt antreten.

Der tschechische Außenminister Benesch wird sich nach Beendigung der Tagung des Völkerbundsrates nach Paris begeben.

In Sofia fand die Hinrichtung Pertschemliews, der mit den inzwischen begnadigten Leger und Frau Nicolova zusammen zum Tode verurteilt wurde, gestern früh statt.

In Zürich starb im Alter von 69 Jahren Oberst Karl Egli, der während des Weltkrieges Unterbadchef der schweizerischen Armee war.

Der französische Außenminister Briand ist gestern nachmittag, von Genf kommend, in Paris eingetroffen.

Die verstümmelte Erfüllungspolitik

Die Geheimdiplomatie Luthers und Stresemanns
Die „schiefe Lage" Deutschlands

Die Antwort Frankreichs auf die deutschen Vorschläge eines gegenseitigen Sicherheitspaktes vom 9. Februar wird in kurzer Zeit veröffentlicht werden. Sie hat einen heftigen Federkrieg der Alliierten entfesselt. Er begann mit einer von der Agence Havas gegebenen Darstellung des englisch-französischen Kompromisses, den Chamberlain und Briand in Genf abgeschlossen haben. Diese Darstellung war — ob andere tatsächliche Unrichtigkeiten vorliegen, wird sich erst nach Veröffentlichung der französischen Note beurteilen lassen — mindestens insofern falsch, als sie nur alle im Sinne der französischen Politik wirkenden Tendenzen des gegenseitigen Sicherheitspaktes erwähnte, aber zu sagen vergaß, daß der von England, Deutschland, Frankreich, Belgien und wahrscheinlich auch Italien zu garantierende Sicherheitspakt gegenseitig ist, also auch für Deutschland gegen Frankreich wirkt, wenigstens so wirken soll und muß, wenn das englische Kabinett seinen feierlichen Erklärungen in der Unterhausdebatte vom 27. März treu bleibt. So hat denn die englische Presse scharfen Protest gegen die einseitige französische Darstellung erhoben, und Ministerpräsident Baldwin hat die absolute Gegenseitigkeit des Genfer Kompromisses mit deutlicher Schärfe bestätigt.

Aber schon heute — bevor die von Frankreich im Einvernehmen mit England stilisierte Antwort auf die deutschen Vorschläge vorliegt — muß mit aller Deutlichkeit Einspruch dagegen erhoben werden, daß die „nationale" Regierungspresse ausdrücklich oder durch Anordnung der Telegramme den Eindruck erweckt, daß die Zurückweisung der einseitigen französischen Darstellung durch den englischen Premier einen Erfolg der deutschen Regierung darstellt.

Von einem Erfolg der deutschen Regierung kann keine Rede sein. Die Idee des Sicherheitspaktes war ausgezeichnet: Deutschland trat aus der protestlerischen Haltung heraus und bot Frankreich, tatsächlich aber der ganzen Welt, an, unter Anerkennung gewisser politischer, durch den verlorenen Krieg bestimmter Tatsachen wahrhaften Frieden zu schließen. Das war keine Kleinigkeit. Frankreich hat den Protest der Nationalversammlung in Bordeaux gegen die „Annexion" von Elsaß-Lothringen immer hoch gehalten, auch Waldeck-Rousseau, der Delcassé geopfert hat, hat niemals den vom kaiserlichen Deutschland so sehr gewünschten Verzicht auf Elsaß-Lothringen ausgesprochen. Deutschland hat es getan. Es konnte diesen Verzicht als Beweis eines wahrhaftigen Friedenswillens aussprechen — eines Friedenswillens, der aber nicht existieren und von echter Lebenskraft sein kann, wenn die groben Verstümmelungen Deutschlands durch den Versailler Vertrag nicht korrigiert werden.

Von Anfang an muß festgestellt werden, daß die deutsche Regierung nichts, aber auch gar nichts für die Erreichung dieses Ziels getan hat. Die deutschen Vorschläge sind niemals von Luther oder Stresemann öffentlich bekanntgegeben worden. Die französische und englische Presse und englische Ministerreden im Unterhaus gaben allein Aufschluß. Einzig in der „Kölnischen Zeitung" gab es einmal eine Art Kommentar zu den deutschen Vorschlägen, der nur diplomatischen Schriftgelehrten verständlich war. Ansonsten schwiegen Luther—Stresemann; sie schwiegen, weil sie häusliche Szenen fürchteten: die Rebellion ihrer nachtrottenden Anhänger, die, von der nationalen Phrase berauscht, eine Regierung ans Ruder gebracht haben, die die „Erfüllungspolitik" Wirth—Rathenaus nur ideell, nur in der Absicht vollendete, in der Durchführung aber tatsächlich versagt hat. Versagt, weil sie es nicht gewagt hat, das ganze Volk hinter einen gesunden Gedanken zu stellen und im Vertrauen auf die Stoßkraft einer nationalen Idee wahrhaft nationale Ziele zu proklamieren. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", deren Londoner Korrespondent erst kürzlich unsere Darstellung bestätigte, daß Stresemanns „aktive"

Klinghammer lehrt Staatsrecht!

Es wird immer schöner!

Wie wir hören, ist der Kriminalpolizei-Oberinspektor Klinghammer, der bei seiner Vernehmung vor dem Barmat-Ausschuß des preußischen Landtags durch nichts begründete Angriffe gegen den Ministerialdirektor Falk vorbrachte und der als Mitglied des Beamtenausschusses des Berliner Polizeipräsidiums ein recht eigentümliches Verhalten an den Tag legte, augenblicklich dazu berufen, denjenigen Kriminalbeamten, die es mit ihrem Beruf ernst meinen und aufsteigen wollen, Unterricht zu erteilen, und zwar über Staatsverfassung, Staatskunde und in sonstigen staatspolizeilichen Fächern! Wer sich an das Charakterbild des Herrn Klinghammer erinnert, das er selbst von sich vor dem Barmat-Ausschuß zeichnete, muß über die neue Aufgabe dieses Kriminalpolizeibeamten den Kopf schütteln. Wer ist für den ihm erteilten Lehrauftrag verantwortlich?

Knüppel-Kunze ohne Garde

„Nur eine hohe Säule . . ."

In der gestrigen Vertretertagung des Landesverbandes Groß-Berlin der Deutschsozialen Partei kam es zu stürmischen Auftritten. Ein großer Teil des Vorstandes und der Ortsgruppenführer verlangten von dem anwesenden Parteiführer Kunze die Bereinheitlichung der völkischen Bewegung, da sonst die Deutschsoziale Partei ein Organ der Hoffnungslosigkeit bleiben muß. Knüppel-Kunze lehnte eine einheitliche Bewegung ab. **Darauf erklärte die überwiegende Anzahl der Vertreter ihren Austritt aus der Deutschsozialen Partei** und ihren Anschluß an die Deutschvölkische Freiheitsbewegung. So traten der erste und zweite Vorsitzende, der ehemalige Vorsitzende, der Schriftführer, der Kassierer, der Geschäftsführer, die Vorsitzenden der Ortsgruppen Schmargendorf, Halensee, Moabit, Görlitzer Bahnhof, Rixdorf u. a. über. Damit ist das Schicksal der Deutschsozialen Partei überhaupt besiegelt.

Völkergemeinschaftsarbeit

Internationale Rundfunktagung in Berlin

Der aus führenden Funkgesellschaften Amerikas, Deutschlands, Englands und Frankreichs zusammengesetzte Ausschuß, der zurzeit in Berlin tagt, um technisch-wissenschaftliche, wirtschaftliche und patentrechtliche Fragen auf dem Gebiete des Funkwesens zu behandeln, wurde heute von Reichspostminister Dr. Stingl empfangen. In seiner Begrüßungsansprache hob der Reichspostminister hervor, daß die Vorteile des Funkwesens der Menschheit am besten durch gemeinschaftliche Arbeit zugänglich gemacht werden können. Er hoffe, daß im besonderen auf dem Gebiete des Rundfunks bald eine internationale Verständigung erfolge, wodurch zweifellos eine friedliche Annäherung der Nationen gefördert werden würde. Der Vorsitzende der Vereinigung, Mr. Thomas Nelson Perkins, der übrigens der im Dawes-Vertrag genannte unparteiische amerikanische Bürger ist, dankte dem Minister im Namen des Komitees für den Empfang.

Tagung des demokratischen Hauptvorstandes

Stellungnahme zur politischen Lage

Der Hauptvorstand der Deutschen demokratischen Partei nahm in seiner gestrigen Sitzung zunächst eingehende Vorträge der Abgeordneten Exkelenz und Dr. Fischer über die politische Lage und über die neue Steuergesetzgebung entgegen. Es wurden dabei alle gegenwärtig brennenden politischen Tagesfragen berührt: Sicherheitspakt, Eintritt in den Völkerbund, Aufwertung und Zollfrage, Steuerdruck, Verhältnis von Reich, Ländern und Gemeinden u'w. In der Zollfrage soll in der nächsten Woche eine gemeinsame Sitzung von Parteivorstand und Reichstagsfraktion endgültig Stellung nehmen. In der Außenpolitik habe die Partei den Standpunkt der internationalen Verständigung zu unterstützen, aber nur unter scharfer Aufrechterhaltung des Gedankens nationaler Selbständigkeit und Freiheit. In der mehrstündigen ausführlichen Aussprache, an der sich auch der Parteivorsitzende Abgeordneter Koch und der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff beteiligten, wurde die Haltung der Parteileitung und der demokratischen Reichstagsfraktion einmütig gebilligt, so daß besondere Vorstandsbeschlüsse nicht nötig werden. Der demokratische Parteitag, der im September stattfinden sollte, wird voraussichtlich erst im Dezember abgehalten werden und zwar in Breslau.

Senatspräsident Dr. Sahm,
der in Genf den Danziger Standpunkt dargelegt hat